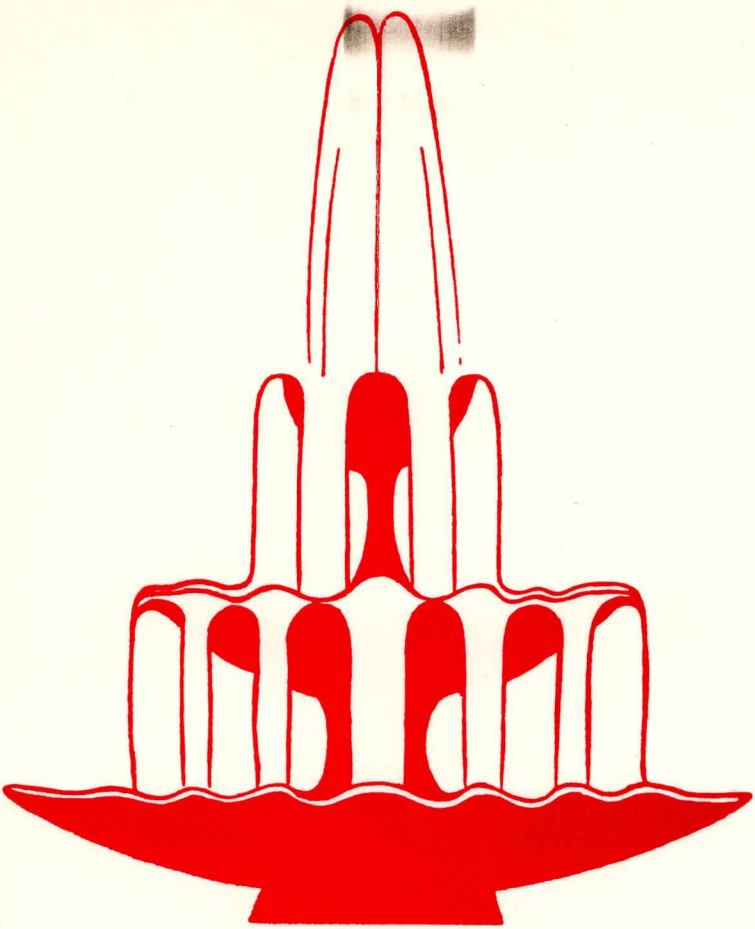

FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

4

„Das Menschenpack fürchtet sich vor nichts mehr, als vor dem Verstande; vor der Dummheit sollten sie sich fürchten, wenn sie begriffen, was fürchterlich ist; aber jener ist unbequem, und man muß ihn beiseite schaffen, diese ist nur verderblich, und das kann man abwarten."

Goethe

„Nichts ist widerwärtiger als die Majorität, denn sie besteht aus wenigen kräftigen Vorgängern, aus Schelmen, die sich akkomodieren, aus Schwachen, die sich assimilieren, und der Masse, die nachtrollt, ohne nur im mindesten zu wissen, was sie will."

Goethe

FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

HEFT 4

März 1958

Herausgegeben durch Lothar Vogel

Inhaltsverzeichnis

Seite

Diether Vogel:

An der Schwelle des Atomzeitalters 3

Thomas Wassermann:

Erlaubt die demokratische Staatsform die Lösung sozialer Fragen? 13

Konrad Hugin:

Über die Systemgerechtigkeit zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft in der Demokratie 18

Diether Vogel:

Forderungen an unser Bildungssystem 27

Redaktionsgemeinschaft der Fragen der Freiheit:

An die sich verantwortlich Fühlenden 39

Bücher und Zeitschriften 42

An der Schwelle des Atomzeitalters

„Ach, da kommt der Meister!
Herr, die Not ist groß!
Die ich rief, die Geister,
Werd' ich nun nicht los!"

Goethe „Zauberlehrling"

„Die Wissenschaft hat Götter aus uns gemacht, bevor wir es verdienten Menschen zu sein." *Jean Rostand*

„Alle früheren Generationen haben versucht, die Menschheit zu reformieren. Die Aufgabe unserer Generation ist größer: sie muß verhindern, daß die Menschheit untergeht."

Albert Camus

Die Menschheit steht gegenwärtig im Begriff, die Schwelle eines neuen Zeitalters zu überschreiten. Dies heute auszusprechen, heißt einen Gemeinplatz wiederholen.

Vorerst bedeutet das angebrochene Atomzeitalter (welches durch die Gefährlichkeit der Atomtechnik die Vervollkommnung der Automation rapide vorantrieb) für die Mehrzahl der Zeitgenossen noch vollkommenere technische Roboter und damit noch gesteigerten Komfort, noch mehr Bequemlichkeit einerseits und andererseits das Gefühl noch größerer Machtfülle mit der Wirkung sich immer steigernder Hybris. —

Das ist die äußere Seite des mit der Jahrhundertmitte in Gang gekommenen sozialpolitischen Prozesses. Hinter der glitzernden chrom- und neon-leuchtenden Fassade vollziehen sich aber Wandlungen fast unvorstellbaren Ausmaßes, die in

Zukunft nicht mehr ignoriert werden dürfen, soll nicht das Weiterleben der Menschheit und der Fortbestand der Erde als ihre Heimstätte in Frage gestellt werden.

Das neue Zeitalter ist charakterisiert durch die jüngst gewonnene Herrschaft des Menschen über die Energien, die die Materie aufbauen. Es sind enorme Veränderungen, die dadurch im Bereich der Technik ausgelöst wurden. Sie allein wären aber nur die kontinuierliche Fortsetzung des schon seit der Erfindung des Faustkeils im Gang befindlichen Technisierungs- und Rationalisierungsprozesses und würden noch keine prinzipielle Änderung der menschheitlichen Situation im ganzen ausmachen. Die umwälzende Wirkung der Atomphysik ist vielmehr von der Tatsache bestimmt, daß der Mensch in Gestalt der Atomenergie ein Mittel von im Prinzip unbegrenzter Zerstörungskraft gewonnen hat. Dabei wohnt dem Entwicklungstempo der neuen Zerstörungsmittel selbst die ihrem Wesen entsprechende Dynamik inne: Seit der Explosion der beiden ersten, heute schon geradezu harmlos erscheinenden Atombomben (Uranium 235 und Plutonium) von Hiroshima und Nagasaki, im Sommer 1945, ist in Etappen über die Wasserstoff-Kobalt-Uranium 238-Bombe ihre Zerstörungskraft vervielfacht worden. Während die urprüngliche Uranium- bzw. Plutonium-Bombe wegen der „kritischen Masse", die nicht überschritten werden kann, ein Gewicht von nur wenigen Kilogramm hatte, kann man die Uranium 238-Bombe (Drei-Stufen-Bombe: Plutonium-Wasserstoff bzw. Lithium-U 238) viele Tonnen schwer — im Prinzip mit beliebig zu steigernder Zerstörungskraft fabrizieren. Durch die wachsenden Energiemengen, die entfesselt werden können, wird in Zukunft die Zertrümmerung von immer mehr die Erde bildenden chemischen Elementen gelingen. Obgleich Stoffumwandlungen größeren Ausmaßes bisher nur bei den ganz leichten Elementen am Anfang und bei den ganz schweren am Ende des „Periodischen Systems" (Ordnungssystem der Ele-

mente nach den Atomgewichten) gelungen sind und in der Mitte, im Umkreis des Eisens, Chroms, Mangans, Vanadiums usw. die Stabilität der Stoffe relativ groß ist, so ist es doch nur die Frage des Tempos der weiter fortschreitenden wissenschaftlichen und technischen Perfektion, bis auch die seither widerstandsfähigen Elemente in den Zertrümmerungsprozeß mit einbezogen und als Explosivstoff benutzt werden können. Die Unstabilität gehört eben schlechterdings zum Wesen der Materie. —

Schon vor einigen Jahren gab Prof. Hahn, dem als erstem die Spaltung des Uranium-Atoms gelang, bekannt, daß 10 Kobalt-Bomben, gleichgültig an welchem Ort sie zur Explosion gebracht werden, genügen würden, das Leben auf der Erde für Jahre unmöglich zu machen. Schon durch die fortdauernden Versuchsexplosionen der Atommächte verstärkt sich die Radioaktivität auf der Erde dermaßen, daß man ernstlich für die Gesundheit künftiger Generationen fürchten muß.

Die Gefahr wird noch vergrößert durch die gleichzeitig rapid vorangeschrittene Raketentechnik. Gerade in jüngster Zeit wurde darin eine neue Etappe erreicht durch die „Sputniks" östlicher und westlicher Fabrikation, die durch die kürzlich entwickelten Fernraketen als künstliche Trabanten der Erde auf ihre Bahn befördert werden. Nächstens werden die politischen Weltmächte solche die Erde umkreisenden Satelliten mit Wasserstoffbomben behängt, als Damoklesschwerter über unseren Köpfen kreisen lassen, um alle ihrem Willen gefügig zu machen. Daß sie sich durch die eigene Bedrohung durch Atomwaffen in ihrer Machtpolitik keineswegs beeinträchtigen lassen, zeigt das Tauziehen um die Macht im vorderen Orient. Solche lokalen Brandherde können nur allzu leicht zu einem globalen Weltbrand ausarten. —

Vor noch nicht langer Zeit schilderte einer der Prominenten der Atomphysik, der Nobelpreisträger Prof. Max Born diese Situation folgendermaßen:

„Die fundamentale Tatsache ist die Entdeckung, daß die Materie, aus der wir und alle Dinge bestehen, nicht fest und unzerstörbar ist, sondern instabil, ein Explosivstoff. Wir sitzen alle im wahren Sinne des Wortes auf einem Pulverfaß; das hat allerdings ziemlich dicke Wände, und wir brauchten ein paar Jahrtausende, um ein Loch hineinzubohren. Jetzt aber sind wir gerade durch und können uns ohne Beschwer mit einem Streichholz in die Luft sprengen.— Diese bedrohliche Situation ist einfach eine Tatsache."

Durch diese an sich unabwendbare Entwicklung der Wissenschaft und Technik ist die Erde, auf der wir wohnen, wie es Max Born ausspricht, wirklich im wörtlichsten Sinn zum entschärften Explosivkörper geworden und jeder kleine Potentat hat die Kompetenz, mit der Lunte zu manipulieren, um, die Großmächte gegeneinander ausspielend, seinen machtpolitischen Träumen nachzuhängen.

Wenn die Politiker der Ansicht sind, Spannungen religiöser, politischer oder wirtschaftlicher Art, die sich in Kriegen entladen, habe es eh und je gegeben und es sei utopisch, sie in Zukunft ausschalten zu wollen, so müssen wir geradezu behaupten, daß eben diese unrealistische Forderung erfüllt werden muß, soll nicht die Weiterexistenz der Menschen auf der Erde in Frage gestellt werden. Das politische Dogma der Vergangenheit vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, hat seine Gültigkeit eingebüßt. Aber auch die Versuche, die auf westlicher wie auf östlicher Seite mit den seitherigen diplomatischen Mitteln unternommen werden — ohne dabei auf herkömmliche Machtpolitik zu verzichten — wie die Konferenzen des Weltsicherheitsrates über Abrüstung, Atomkontrolle, Kontrolle der Fernraketen usw., können bestenfalls aufschiebende Wirkung haben.

Der Krieg, der nicht mehr sein darf, kann in Zukunft nur verhindert werden durch systematische Verminderung der Kon-

fliktstoffe wirtschaftlicher, rassischer oder religiös-weltanschaulicher Art, die sich summierend und steigernd, als die Probleme des menschlichen Zusammenlebens die weltweite soziale Frage ausmachen. Seither haben sich die offiziellen Vertreter der Politik um diese Aufgaben noch so gut wie nicht gekümmert, sondern durch Beharren bei dem überkommenen Prinzip der Interessenpolitik die Gefahr immer wieder an die Grenze des akuten Stadiums geführt, wie im Suez-Konflikt oder bei der kürzlichen Nah-Ost-Krise.

Hier ist unser Gedankengang an den Punkt gelangt, der die Zäsur bildet zwischen der früheren und der neuen Menschheitssituation, und der die Erkenntnis umschließt, daß Nur-Interessenpolitik im weltweiten Ausmaß schlechterdings nicht mehr möglich ist. Wenn seither der Mensch mit Steinbeilen, Schwertern oder Bomben gegen seinesgleichen wütete, so war das gewiß nicht gut und schön, aber die Katastrophe blieb partiell und die Geschichte ging weiter. Das ist nun generell anders geworden: Jeder kriegerische Konflikt von nennenswertem Ausmaß bedroht mit fortschreitender Technik in steigendem Maße die gesamte Menschheit (und die Natur) in ihrer Existenz.

Man hat den Physikern die Verantwortung für diese Entwicklung aufbürden wollen: aber zu unrecht. Keine Menschengruppe hat sowohl im ersten wie im zweiten Weltkrieg die freundschaftlichen und menschlichen Beziehungen über die feindlichen Fronten hinweg in dem Maß aufrecht erhalten, wie die „Familie" der Physiker, die versuchten, — in Deutschland mit Erfolg, — die Herstellung der Atombombe hintanzuhalten. Teufliche Verhängnisse bewirkten, daß 1945 die Uranium- und später die Wasserstoffbombe gebaut wurden. (Siehe Robert Jungk „Heller als tausend Sonnen", Stuttgart 1956)

Ein weit größeres Verschulden, daß es zu der bedrohlichen Situation kommen konnte, trifft die offiziellen Philosophen, die, sich in skeptizistischen, subjektivistischen und relativistischen Spekulationen verlierend, es versäumt haben, dem Denken ein tragfähiges erkenntnistheoretisches Fundament zu liefern, welches geeignet wäre, die Absolutheit der Logik zu belegen; und die zünftigen Soziologen, speziell die Nationalökonomen, die noch keine schlüssige Theorie einer Konjunkturlehre, die dauernde Vollbeschäftigung gewährleistete, entwickelt haben. In diesem Sinne äußerte sich auch Prof. Franz Böhm, Frankfurt, auf der Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft über das Thema: „Hat der Westen eine Idee" am 8. Mai 1957 in Bad Godesberg: [1])

> „Wir sollten deshalb die Atomphysiker nicht tadeln ... Wohl aber sollten wir die Männer einer anderen Wissenschaft tadeln, weil sie bisher nicht geredet haben, obwohl auch sie und ihre Zunft mit ihrem Denken eine vielleicht noch größere Gefahr für unser politisches Leben erzeugt haben. Ich meine jene Gruppe von Wissenschaftlern, die mit ihren Forschungen und mehr noch mit ihren Spekulationen einen so gewaltigen Einfluß auf die Gestaltung unseres politischen Lebens, auf die Konstruktion unserer Gesellschafts- und Staatsverfassung genommen haben. Ein Jahrhundert haben sie gebraucht, um den geistigen Boden dafür vorzubereiten, daß die zweite mörderische Erfindung des zwanzigsten Jahrhunderts gemacht und angewendet werden konnte, nämlich der totalitäre Staat und die totalitäre Gesellschaft. ... Ich frage also nochmals: wer sollte heute reden? Die Atomphysiker oder die Staatsrechtler und Soziologen? Die Atomphysiker reden: sie seien dafür gepriesen. Die Staatsrechtler und Soziologen aber, an denen es heute

[1]) Tagungsprotokolle, erschienen bei Martin Hoch, Druckerei und Verlagsgesellschaft, Ludwigsburg.

vor allem wäre, zu reden — ich denke hier nicht nur an einzelne, sondern an eine achtunggebietende Zahl von Leuten; es gibt nicht so viele Staatsrechtler und Soziologen, die einen Nobelpreis haben —, stellen sich an, als wenn sie auf Urlaub gefahren wären, und beschäftigen sich mit anderen, weniger gefährlichen Fragen. Wir müssen sie darum tadeln."

Wenn der Westen die Freiheit der Persönlichkeit als seine ureigene Idee proklamiert, so entspricht dies einem tiefen, im Griechen- und Christentum wurzelnden, aber vielfach noch nicht zur vollen Bewußtheit erwachten Erleben. Diese Idee bedarf der sicheren philosophischen Begründung durch eine Wissenschaft der Freiheit und der zu ihr „systemgerechten" soziologischen, besonders nationalökonomischen Konzeption als Technik der Freiheit, die das wirksame Rüstzeug zu liefern vermag zur Beseitigung der globalen sozialen Konfliktstoffe, besonders wirtschaftlicher und kultureller Art, die sich in Gestalt des Ost-West-Gegensatzes zu entladen drohen. Soll das dergestalt heraufziehende Verhängnis abgewendet werden, ist es nötig, diesen Zündstoff sozialer und internationaler Art erheblich zu vermindern! Dazu müssen aber die dem menschlichen Gemeinschaftsleben zugrunde liegenden Gesetze erkannt und in entsprechenden sozialen Institutionen verwirklicht werden, denn: Handeln aus Erkenntnis führt zur Freiheit! — [2])

Für die Realisierung der Freiheit in der praktischen Wirklichkeit, die zur Beseitigung oder wenigstens zur Verminderung des politischen Zündstoffes in Gestalt der sozialen und menschheitlichen Dyskrasie nötig ist, bedarf es eines Wissens, das eben eine „Technik der Freiheit" darstellt.

---

[2]) Dies ist zugestandenermaßen ein Postulat, welches ausführlicher Begründung bedarf. Da sie den Rahmen unseres Themas sprengen würde, soll sie einem speziellen Aufsatz vorbehalten bleiben.

Die neuere Geschichte ist der Leidensweg der liberalen Demokratie zur totalen Demokratie hin, dessen Schlußphase die Aufhebung der Demokratie mit demokratischen Mitteln im totalitären Staat ist. Der Jakobinismus steht im Begriff, die liberale Idee zu usurpieren, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieser Prozeß in allen auch heute noch demokratischen Ländern bis zu seinem totalitären Abschluß fortgeschritten sein wird, wenn er nicht vorher unterbunden werden kann. Falls es nicht gelingt, die Demokratie auf die reinen Rechtsfunktionen zu beschränken und der Wirksamkeit des Staates eindeutige, exakte Grenzen zu ziehen, außerhalb deren sich die Kultur und die Wirtschaft frei entfalten können, werden beide durch die demokratische Behandlung von Seiten des Staates abgetötet, und die Demokratie schlägt um in den Totalitarismus, wie die geschichtliche und politische Erfahrung es sattsam lehrt. Innerhalb der Kultur werden dabei die schöpferischen Kräfte durch die Verwaltung abgedrosselt und auch die Wirtschaft gerät außerstande, die materiellen Bedürfnisse der Menschen über ein Minimum hinaus zu befriedigen.

Es ist heute notwendig, die Kultur und die Wirtschaft vom Staate loszulösen. Dadurch werden sie zu Freiheitsräumen, in denen sich geistiges Schöpfertum und unternehmerische Initiative zum Wohle aller, nicht gehindert von der Verwaltungsbürokratie des Staates, entfalten können, und diese wird nicht mehr Instrument der Macht über Menschen, sondern Hüter der demokratisch vereinbarten Spielregeln des Gemeinschaftslebens sein. —

Die neue Menschheitssituation gestattet — im Gegensatz zur früheren — niemandem mehr das Desinteressement gegenüber der Idee der Freiheit und ihrer „Technik" im sozialen und internationalen Leben. Dies zu übersehen, wäre eine nicht wieder gutzumachende Sünde.

Durch die Entdeckung und Beherrschung der Atomkräfte besteht im weltpolitischen Rahmen heute e i n e Freiheit nicht mehr: Die Freiheit, sich mit Waffengewalt gegen den Menschen zu wenden, denn den Verursachern der Katastrophe wird der Boden für ihr Leben auf der Erde ebenso entzogen, wie ihren Opfern. Ausnahmslos alles, was Menschenantlitz trägt, ist bedroht — auch die Gutwilligen — und deshalb in Zukunft mitverantwortlich.

Die Menschheit ist dadurch in einem neuen Sinne eine Gemeinschaft auf Gedeih und Verderben geworden unter dem Zeichen der Freiheit der Persönlichkeit. Es besteht heute nicht mehr die Freiheit, die Freiheit zu verneinen (analog wie es die wirkliche Demokratie nicht gestattet, die Demokratie mit demokratischen Mitteln zu beseitigen). Die Menschheit ist eine unteilbare Sozietät von zur Freiheit Berufenen geworden. Die Kains-Antwort auf die Frage nach dem Mitmenschen: „Soll ich meines Bruders Hüter sein?" könnte heute die allgemeine Vernichtung auslösen. Die Wissenden sind in Zukunft für die Blinden mitverantwortlich. Die Freiheit ist absolut geworden, denn es besteht von nun an weder mehr die Berechtigung noch auf die Dauer die Möglichkeit sie zu ignorieren oder zu verneinen, denn „die Freiheit des Einen kann nur bei der Freiheit des Anderen bestehen". Es gibt nur noch folgende Alternative: Soll die Geschichte der Menschheit nicht ein vorzeitiges Ende erleiden, müssen sich genügend viele unter dem Zeichen der Freiheit zusammenfinden.—

Eine ähnliche Forderung hat kürzlich Prof. Wilhelm Röpke, Genf, gestellt, indem er aussprach:

> „Es ist notwendig, daß sich eine Schicht von Menschen bildet, die durch ein beispielhaftes Leben des Dienstes an der Allgemeinheit, also frei von jeder materiellen Gier, das Gewissen der Nation verkörpert, denn der materielle Genuß ist heute zum Füllmaterial leerer Seelen geworden."

Wir möchten von dieser „Schicht von Menschen" außerdem noch wünschen, daß sie die oben charakterisierte Wissenschaft und Technik der Freiheit beherrscht, um sie durch Lehren und kluges Zusammenwirken mit gutwollenden und fähigen Politikern Schritt um Schritt zu verwirklichen.

Heute stehen die freiheitlichen Geister meist allein und auf verlorenem Posten. Sie sollten sich zu gemeinsamer Aktion zusammenfinden, denn: „Ein Einzelner hilft nicht; nur wer sich mit vielen zur rechten Stunde vereinigt!" (Goethe) Mögen sie ihre splendit isolations überwinden und begreifen, daß die neue Weltsituation, deren Beginn wir miterleben, auch prinzipiell neue Maximen des Handelns fordert! —

1. 11. 57. Dieter Vogel

Erlaubt die demokratische Staatsform die Lösung sozialer Fragen?

Die Entwicklung, welche die Demokratie als die die Freiheit und Würde des Menschen gewährleistende Staatsform während der letzten Jahrzehnte genommen hat, muß alle überzeugten Demokraten mit der größten Sorge erfüllen. Hatte der Liberalismus, der den Fürstenabsolutismus und den feudalistischen Ständestaat des XVII. und XVIII. Jahrhunderts überwand, besonders in den angelsächsischen Ländern durch Glaubens- und Gewissensfreiheit im Geistig-Kulturellen, durch Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz und durch freien Wettbewerb im Wirtschaftsleben eine hoffnungsvolle freiheitliche Ära eingeleitet, so machen sich heute auch im Westen, der ureigenen Domäne der freiheitlichen Staatsform, Tendenzen bemerkbar, die die Freiheit immer mehr einzuengen und die Menschenwürde in Frage zu stellen drohen. Die in der Demokratie anfänglich überwiegenden liberalen Kräfte, die sich darum bemühten, dem Staate den Freiheitsraum abzuringen, den die Persönlichkeit zu ihrem Gedeihen nötig hat, scheinen immer mehr zu erlahmen und den entgegengesetzten Einflüssen zu weichen, die immer größere Gebiete des menschlichen Lebens, besonders in den Bereichen der Kultur und der Wirtschaft, staatlicher Entscheidung und Verwaltung unterstellen wollen. Die Demokratie wird dadurch mehr und mehr „total" und mit ihr der Staat, das heißt aber, die volontée générale bestimmt mehr und mehr das Einzelleben der Persönlichkeit.

Diese bedenkliche Entwicklung ist dadurch verursacht, daß sowohl wirtschaftliche Interessengruppen wie kulturelle Ge-

meinschaften es gelernt haben, durch die von ihnen zusammengeschlossenen Wähler auf dem Wege über die Parlamente bei den Regierungen ihre Forderungen durchzusetzen. Welche Fraktion in Bonn würde es z. B. wagen, die Wünsche einer über so zahlreiche Wähler verfügenden Gruppe wie die der Landwirtschaft abzulehnen? — Die Innenpolitik wird dadurch weitgehend zur Wahltaktik, was aber sehr weittragende Konsequenzen hat, wenn man bedenkt, daß „eine gute Innenpolitik die beste Außenpolitik ist". —

Diesem Trend zur Ausweitung der staatlichen Kompetenzen kommen die bürokratischen Verwaltungsinstanzen, die Behörden, begreiflicherweise nur allzu willig entgegen, denn für sie bedeutet er einen willkommenen Machtzuwachs.

Gegenüber der derart durch Wahltaktik tingierten Legislative sind jeweils die stimmstärksten auf Kosten der zahlenmäßig weniger starken Gruppen am erfolgreichsten. Unvermerkt ist damit eine neue Art der Ausbeutung auf dem Weg über die Steuerkasse und den Haushaltsetat des Staates entstanden, denn die mannigfachen Subventionen, Protektionen, Rentenzuwendungen usw. stellen gewaltige Einkommensverlagerungen von wirtschaftlich produktiven Gruppen auf weniger produktive dar. Viele der gegenwärtigen sozialen Probleme haben geradezu ihre Ursache in den Bedrückungen, die durch diese Hypertrophie der staatlichen Kompetenzen hervorgerufen werden. Es sei hier nur an die steuerliche Überbelastung des mittelständischen Gewerbes erinnert, dessen prozentualer Anteil am investierten Eigenkapital in den Betrieben von Jahr zu Jahr zurückgeht. —

Unternimmt man es, zur Heilung dieser Krankheit der Demokratie, d. h. zur Überwindung dieser Tendenz zur „totalen" und zur Kräftigung der liberalen Demokratie, nach Mitteln und Wegen zu suchen, so gerät man in ein nicht geringes Dilemma,

denn man steht vor der Aufgabe, die Demokratie auf demokratischem Wege umwandeln zu sollen. Die Gesundheit der sozialen Verhältnisse ist gekennzeichnet durch gleiches Recht für alle: Gleichheit vor dem Gesetz; gleicher Start im wirtschaftlichen Wettbewerb; gleicher Zugang zu den geistigen, den Bildungsgütern der Menschheit. Da aber die Majorität, mit der allein in der Demokratie etwas zu erreichen ist, immer nur für augenscheinliche und handgreifliche Vorteile zu interessieren ist, bestehen für die gerechte und freiheitliche Ordnung der sozialen Einrichtungen nur geringe Chancen, denn demokratische Mehrheiten sind für dieses Ziel schlechterdings nicht zu gewinnen. Es hat den Anschein, das Hineinschlittern der Demokratien in den die Freiheit vernichtenden Totalitarismus sei nicht mehr aufzuhalten. Aus diesem Grund kommt z. B. ein so freiheitlich orientierter Autor wie Winfried Martini („Das Ende aller Sicherheit", Stuttgart 1955) dazu, gegenüber der Demokratie zu resignieren und beim weisen Diktator seine Zuflucht zu suchen. Wie selten aber der Weise die Voraussetzungen zum Diktator und der Diktator Weisheit besitzt, lehrt die Geschichte unmißverständlich.

Müssen auch wir gegenüber den ungelösten Problemen der Demokratie resignieren?

So gefahrdrohend die Situation für die Sache der Freiheit innerhalb der Demokratien auf den ersten Blick auch erscheint, bei näherem Hinschauen erweist es sich, daß doch noch nicht alles verloren ist, — noch nicht! —

Die demokratischen Verfassungen der westlichen Länder haben aus den Kindheitstagen der Demokratie viel freiheitlichen Geist in die Gegenwart herübergerettet. Mehr oder weniger deutlich ist die Freiheit und Würde des Menschen immer noch ihr naturrechtliches Fundament und sie machen es dem Staate zur ersten Pflicht, sie zu schützen. Der Artikel 1, Abs. 1 der Bonner Verfassung lautet:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Der Präsident des Bundesarbeitsgerichts Prof. Nipperdey, schreibt dazu in seinem Handbuch „Die Grundrechte" (Dunker und Humblot, Berlin): „Der Grundsatz des Artikels 1, Abs. 1 ist ein naturrechtliches Elementarprinzip, er ist vorstaatliches überpositives Recht. Er gehört daher zu den Rechtssätzen, die so elementar und so sehr Ausdruck eines auch der Verfassung vorausliegenden Rechts sind, daß sie den Verfassungsgesetzgeber selbst binden, und daß andere Verfassungsbestimmungen, denen dieser Rang nicht zukommt, wegen ihres Verstoßes gegen sie nichtig sein können." —

Es besteht also z. B. in der Westdeutschen Bundesrepublik durchaus noch die Aussicht auf die Rettung der Demokratie. Auch kleine Minderheiten vermögen auf dem Wege der Verfassungsklage, gegen die gegen Artikel 1 verstoßenden, vielfach undeutlich und verschwommen formulierten Bestimmungen der Verfassung mit der Aussicht auf Erfolg vorzugehen. Welchen Grad von Unabhängigkeit unser Verfassungsgericht trotz seiner parteiparitätischen Zusammensetzung immerhin besitzt, hat es z. B. in dem Entscheid über die gemeinsame Besteuerung der Ehegatten erst kürzlich bewiesen. Es wäre eine dankbare Aufgabe für liberal gesonnene Juristen, das Bonner Grundgesetz einmal daraufhin zu untersuchen, wo überall eine Verfassungsklage zur Erweiterung des Freiheitsraumes der Persönlichkeit erfolgversprechend erscheint. Es sollten sich auch diejenigen Freiheitsfreunde, denen das Schicksal der Demokratie Sorge bereitet, zu einer Aktionsgemeinschaft zusammentun, die sich die Aufgabe stellt, die Freiheitsräume, die die Verfassung bereits bietet, für die Bürger zu beanspruchen und darüberhinaus das Grundgesetz von den die Freiheit und Würde des Menschen in Frage stellen-

den Bestimmungen auf dem Wege der Verfassungsklage zu reinigen. Der dadurch erreichbare Grad von Freiheit mit steigender Allgemeinbildung breiter Schichten, läßt die Hoffnung zu, daß mit der Zeit auch die für die Umwandlung weiterer, die Würde des Menschen gefährdender Verfassungsbestimmungen notwendigen Parlamentsmehrheiten erzielt werden können.

Unternehmungen zur Rettung der liberalen Demokratie, als der Sozialordnung der Freiheit, sollten aber unverzüglich in Angriff genommen werden, denn es ist höchste Gefahr!

Januar 58. Thomas Wassermann

Über die Systemgerechtigkeit zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft in der Demokratie

Im Vokabularium der liberalen Politiker und Soziologen hat sich in den letzten Jahren unvermerkt ein neuer Begriff: „Systemgerechtigkeit" gebildet und mehr und mehr eingeführt. *) Er verdankt seine Entstehung der mehr oder weniger deutlichen Einsicht, daß der für die liberale Ordnung des Staates seit Griechenland gebräuchliche Begriff „Demokratie" für die Charakterisierung einer liberalen Wirtschaftsordnung nicht wesensgemäß ist und nicht stimmt. In der demokratischen Ordnung des Staates sind alle mündigen Bürger durch Wahlen (in der repräsentativen Demokratie) oder durch Abstimmungen (in der direkten Demokratie) bei der Bildung und Festsetzung der in der sozialen Gemeinschaft anzuwendenden Verfahrensnormen, der Gesetze, gleichermaßen beteiligt. Überträgt man dieses für den Staat gemäße System als „Wirtschaftsdemokratie" auf die in der Wirtschaft notwendigen Entscheidungen der Produktion, Zirkulation und Konsumtion, so sind die Wahl- bzw. Stimmbürger dadurch sofort hoffnungslos überfordert, weil ihnen die für den Überblick über die zahllosen für den einzelnen unüberschaubaren wirtschaftlichen Erscheinungen und Beziehungen, notwendige Sach- und Fachkenntnis

*) Er ist verwandt mit dem in den gleichen Kreisen auch gebrauchten Begriff: „konform", auf dessen Verwendung jedoch besser verzichtet wird, weil er durch sein Substantiv „Konformismus" stark kompromittiert ist, denn er wird in dieser Form meist im Sinne von „apeasement" oder „kolaboration", dem opportunistischen Sichanpassen an politische Machtverhältnisse, gebraucht und verstanden.

fehlt. Da die herkömmlichen demokratischen Staaten aber heute allesamt auch noch „Wirtschaftsdemokratien" sind, weil bei ihnen auch wirtschaftliche Entscheide durch die Volksvertretungen oder durch Plebiszite (Schweiz) getroffen werden, sind die demokratischen Institutionen, besonders die Parlamente, zu Raufplätzen der wirtschaftlichen Interessengruppen um das Sozialprodukt entartet. Von Recht und Gerechtigkeit kann da kaum mehr die Rede sein. Es ist wissenschaftlich konsequent gedacht, wenn die liberalen Soziologen, denen dieser Sachverhalt mehr und mehr zum Bewußtsein kommt, den untauglichen Begriff „Wirtschaftsdemokratie" abschaffen und nach einem der demokratischen Ordnung des Staates adäquaten, d. h. „systemgerechten" liberalen Ordnungsprinzip der Wirtschaft Ausschau halten. Sie vollziehen damit einen neuen Schritt in der Richtung auf eine der Freiheit der Persönlichkeit Rechnung tragende Soziologie hin.

Hier soll, unabhängig vom gegenwärtigen Stand der politischen Entwicklung, versucht werden, nicht nur eine der Demokratie systemgerechte liberale Ordnung der Wirtschaft, sondern auch der Kultur, mit wenigen Strichen zu skizzieren.

Im Bereich des Staates, bei der Festsetzung des Rechts, ist in der Demokratie alles auf Gleichheit abgestellt: Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich!" So oder ähnlich steht es in allen demokratischen Verfassungen. — Jeder Staatsbürger, unabhängig von Intelligenz, Stellung, Vermögen usw. hat das gleiche Recht, indirekt durch die Wahl von Vertretern oder direkt durch Abstimmung, beim Zustandekommen der Gesetze mitzuwirken.

Auch in der konsequent liberalen Wirtschaft ist der Bürger, der hier als Konsument auftritt, berechtigt, abzustimmen und zwar darüber, welche Investitionen vorgenommen und welche

Arten von Waren produziert werden sollen. Hier findet jedoch die Abstimmung nicht unter dem Zeichen der Gleichheit, sondern geradezu der Ungleichheit statt, denn jeder Konsument hat einmalige, eigene, individuelle Bedürfnisse. Als Stimmschein fungieren hier die Banknoten, die infolgedessen jeweils in der Kasse derjenigen Produzenten erscheinen, die die Bedürfnisse der Konsumenten am besten befriedigen. Bei den Investitionen vollzieht sich der Prozeß analog. Wer als Produzent die meisten Aufträge aufweisen kann, verfügt bei freiem Kapitalmarkt auch über den meisten Kredit. Das Leihgeld fließt, gelenkt durch die Höhe des Zinsfußes, zu den Stellen, wo, veranlaßt durch die Käufe der Konsumenten, die Aufträge zusammenströmen. —

Der Gleichheit des Bürgers im Bereich des Staates entspricht in der Wirtschaft die Freiheit des Konsumenten in der Bedarfswahl.

Aber auch in die Wirtschaft projiziert das Rechtsprinzip des Staates seine Wirkung: Die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz wird zur Gegenseitigkeit zwischen den Wirtschaftspartnern, den Verkäufern und Käufern, den Schuldnern und Gläubigern, den Unternehmern und Arbeitern. Diese Gegenseitigkeit, die jeweils der Ausdruck der Äquivalenz zwischen Geben und Nehmen ist, kann nur gedeihen auf dem Fundament eines gerechten Wirtschaftsgesetzes. „Die Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit" (Proudhon). Gegenseitigkeit im Geben und Nehmen, d. h. die Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben macht erforderlich, daß die Wirtschaftspartner einander auf gleicher Ebene gegenüberstehen und daß die Konkurrenten jeweils den „gleichen Start" haben. Das setzt aber die Abwesenheit von Monopolen jeglicher Art voraus. Alle Wirtschaftsfaktoren: Geld (Geldkapital), Boden und Arbeit (Ware-Sachkapital-Kartelle) können unter bestimmten Konjunkturverhältnissen Monopol-

charakter annehmen: das Geld vorwiegend in der Baisse (Deflation), Ware und Arbeit in der Hausse (Inflation), der Boden in beiden Konjunkturphasen. Es ist Sache des in der Verfassung zu verankernden Wirtschaftsrechts diese drei die Gegenseitigkeit und somit die Gerechtigkeit in der Wirtschaft in Frage stellenden Monopole zu verhindern!

Das Geldmonopol kann nur durch eine mit geeigneten Mitteln betriebene aktive Konjunkturpolitik überwunden werden, die die ununterbrochene Funktionsfähigkeit des Geldes gewährleistet und den Mißbrauch der Barmittel zur Spekulation à la baisse zum Zwecke der Geldwerterhöhung unterbindet.

Das Bodenmonopol und die Bodenrente können, weil der Boden, im Gegensatz zum Geld, nicht vermehrbar ist, nicht überwunden, sondern nur sozial „unschädlich" gemacht werden durch Wegsteuern der Bodenrente vermittels einer geeigneten Grundrentensteuer, die so zu verwenden ist, daß sie diejenigen, die direkt, oder indirekt über die Warenpreise, die Grundrente aufzubringen haben, anderweitig finanziell entlastet.

Die Monopolinstrumente der Unternehmer, die Kartelle und die der Arbeiter, die Gewerkschaften (mit ihrem Streikrecht), sollten, weil sie die Absicht verfolgen, durch höhere Preise die Konsumenten zu schädigen, durch Gesetz verboten werden. Auf die Gefahr hin, hier ein sehr heißes Eisen anzufassen, müssen wir auch die Gewerkschaften zu den Monopolinstrumenten rechnen. Es muß bedacht werden, daß die aktive Konjunkturpolitik vermittels des Geldes im Begriffe ist, die deflationistische Krisenhaftigkeit, die für den klassischen Kapitalismus typisch war, und unter der die Arbeiter vorwiegend zu leiden hatten, zu überwinden, so daß die übersteigerten Forderungen nach Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen heute für die Wirtschaft eine mindestens ebensolche Gefahr geworden sind, wie früher die in kurzen Intervallen wiederkehrenden konjunkturellen Krisen. —

Die der liberalen Demokratie systemgerechte liberale Wirtschaftsordnung ist also charakterisiert durch Beseitigung der drei möglichen Monopole, des Geld-, Boden- und Waren- bzw. Arbeitsmonopols, wodurch allein das Verhältnis der Gegenseitigkeit zwischen den polaren Interessen der Wirtschaftspartner generell ermöglicht und hergestellt werden kann.

In Westdeutschland versucht der Wirtschaftsminister Prof. Erhard gegen heftigen Widerstand von Seiten der Interessengruppen in und außerhalb der Parteien, eine der liberalen Demokratie systemgerechte Wirtschaftsstruktur, die Soziale Marktwirtschaft, zu realisieren.

*

Neben der Wirtschaft ist der zweite soziale Bereich, der eine Verwaltung nach dem Mehrheitsprinzip des demokratischen Staates nicht verträgt, die Kultur. Zwar ist von Kulturdemokratie analog zu „Wirtschaftsdemokratie" (wenigstens in westlichen Ländern) noch nie die Rede gewesen. Um so erstaunter ist man dann, bei näherem Hinschauen zu erkennen, daß die Kultur in einem noch viel stärkeren Maße verstaatlicht ist, das heißt aber im Westen „demokratisiert", als es bei der Wirtschaft der Fall ist. Sind in der Wirtschaftsdemokratie die Wahl- und Stimmbürger wegen der ihnen mangelnden Sach- und Fachkenntnis schlechterdings zu richtigen Entscheidungen unfähig, so müßten der Wähler und in noch höherem Maße jeder Volksvertreter geradezu ein Polyhistor sein, um sich den hier zu fällenden Urteilen gewachsen zu zeigen. Bei den verschiedenen Sparten des Kulturellen: Wissenschaft, Kunst und Religion, wo es sich um erkenntnismäßige, ästhetische und ethische Fragen handelt, können doch niemals Mehrheiten zu den richtigen Entscheiden kommen. Am deutlichsten wird dies bei der Pädagogik, in der Wissenschaft, Kunst und Religion zusammenströmen, weil

sie vorwiegend durch Lehren und Lernen gepflegt und weiterentwickelt werden. Aber gerade die Pädagogik, das gesamte Schul- und Hochschulwesen, befindet sich nahezu lückenlos unter der Verwaltung des nach dem Mehrheitsprinzip arbeitenden demokratischen Staates.

Bei Betrachtung der Wirtschaft stellten wir fest, daß ihre Demokratisierung zum Kampf der Interessentengruppen untereinander auf dem Forum des Parlamentes führte. Beim Erziehungswesen läßt sich etwas Analoges konstatieren. Zwar sind es nicht die heutigen um die Anteile am Sozialprodukt kämpfenden wirtschaftlichen Interessentengruppen, die sich auch um die Teilnahme an den Kulturgütern, d. h. die Bildung streiten. Dagegen spiegelt aber unser gegenwärtiges Bildungswesen deutlich die beiden wirtschaftlichen Klassen der jüngst zu Ende gegangenen Epoche des klassischen Kapitalismus, die kapitalbesitzende und die arbeitende Klasse wieder im niederen und höheren Bildungsgang. Während dieses „Zweiklassen"-Bildungswesen das Bildungsgut für den niederen Bildungsgang, die Volksschule, äußerst sparsam dosiert, sind in den höheren Bildungsgang verschiedene Barrieren von Prüfungen eingebaut, die den Absolventen höhere „Sozialchancen", d. h. die Teilnahme an einem Bildungsmonopol bieten. Helmut Schelsky (Schule und Erziehung in der industriellen Gesellschaft, Werkbund-Verlag), nennt deshalb die staatliche Verwaltung des Bildungswesens: „Sozialchancenzwangswirtschaft".

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die zahlreichen Probleme zu behandeln, die das überalterte, aus ständestaatlichen und kapitalistischen Verhältnissen überkommene staatliche Bildungswesen heute aufwirft, von denen die Presse in steigendem Maße berichtet. Hier beschäftigt uns heute die Frage der Systemgerechtigkeit der Kulturverwaltung zur liberalen Demokratie.

Der Schutz der Freiheit und Würde des Menschen ist der wesentliche Inhalt aller demokratischen Verfassungen. Zweifellos gehört aber der freie, durch nichts, auch nicht durch Prüfungen und Befähigungsnachweise gehemmte Zugang zu allen Bildungsgütern der Menschheit ebenso zu den freiheitlichen Grundrechten, wie die freie Teilnahme an den materiellen Gütern im Rahmen der arbeitsteiligen Wirtschaft. Das überkommene, nach dem Zweiklassen-System aufgebaute staatliche Bildungswesen widerspricht somit wesentlich der liberalen Demokratie und kann ihr gegenüber ebensowenig als systemgerecht gelten, wie die „Wirtschaftsdemokratie".

Der liberalen Demokratie systemgerecht ist ein von staatlicher Verwaltung vollkommen unabhängiges freies Schul- und Hochschulwesen, zu dem jeder Bürger gleichermaßen unumschränkten Zugang hat. Welche Aufnahmebedingungen von den Bildungsanstalten dann gestellt werden, kann nicht zu den Kompetenzen des verwaltenden Staates gehören, sondern ist Sache der betreffenden Lehrer, Schulen, Hochschulen, denn das Lehrer-Schülerverhältnis ist seinem Wesen nach ein ausgesprochen individuelles und einmaliges, kann also durch keinerlei staatliche Normen bestimmt werden; es gehört deshalb der Sphäre der Freiheit an.

*

Die Übergriffe des demokratischen Staates auf die Wirtschaft und auf das Bildungswesen als wesentlichen Teil der Kultur verursacht heute soziale Probleme, die die ganze freiheitliche Entwicklung in Frage stellen. Sie können hier ebenfalls nur angedeutet werden:

Der durch die nicht von Krisen unterbrochene Wirtschaftskontinuität bewirkte Wohlstand bei gleichzeitiger Arbeits-

zeitverkürzung liefert die Absolventen des niederen Bildungsganges, die ehemaligen Volksschüler, denen das Rüstzeug zur Teilnahme an der wirklichen Bildung fehlt, einer geschäftemachenden Pseudokultur aus, wie sie sich heute immer mehr so erschreckend ausbreitet. Zu gleicher Zeit mangelt den Bildungsberufen, auch in der Wirtschaft, der genügend vorgebildete Nachwuchs.

Durch das Übermaß der dem demokratischen Staat nicht gemäßen und deshalb durch ihn nicht zu bewältigenden Aufgaben im Bereich von Wirtschaft und Kultur werden enorme Mittel verbraucht, die von der Wirtschaft durch Steuern aufgebracht werden müssen. Sie fehlen einerseits der Wirtschaft, die infolgedessen an permanentem Kapitalmangel leidet und die bei dem dadurch viel zu hohen Zinsfuß die zur Hebung des Wohlstandes nötigen Rationalisierungs-Investitionen nicht vornehmen kann. Sie fehlen andererseits dem ganzen Kulturleben, aber doppelt den schöpferischen Geistern, die von den wenigen verbliebenen Freiheitsräumen im Kulturbereich aus versuchen, die für die Herstellung der liberalen Demokratie systemgerechte freiheitliche Ordnung durch Erkenntnis und Aufklärung vorzubereiten. Deshalb doppelt, weil die Wirtschaft infolge der übermäßigen Steuerlast nicht die bei besserer Rationalisierung entstehenden zusätzlichen Erträgnisse abwirft, die bei größerer Kapitalfülle als freie Schenkungen der Wirtschaftenden direkt dem Kulturleben zufließen würden.

So bildet der seine wesensgemäßen Kompetenzen — die Feststellung und Festsetzung des demokratisch sich bildenden Rechts — überschreitende Staat heute die Hauptursache der sozialen Problematik und der menschlichen Bedrückungen mannigfacher Art. Darüber hinaus wirkt, wie Otto Lautenbach einmal schrieb, der staatliche Dirigismus septisch. Die durch staatliche

Eingriffe in Wirtschaft und Kultur verursachten Schäden werden durch weitere behördliche Eingriffe zu beseitigen versucht, und die neuen Eingriffe erzeugen neue Schäden. Es ist dies ein schraubenartiger Prozeß, der sein Ende erst bei der restlosen Verstaatlichung, bei der totalen Demokratie östlichen Musters findet, wenn er nicht rechtzeitig unterbrochen wird.

Soll die Freiheit der Persönlichkeit, deren Schutz sich die liberale Demokratie gemäß den demokratischen Verfassungen angelegen sein lassen will, erhalten bleiben, muß sie vor dem weiteren Überborden des Staates in die Bereiche der Wirtschaft und der Kultur geschützt werden. Voraussetzung dafür ist aber, daß Wirtschaft und Kultur ihre eigenen, der liberalen Demokratie systemgerechten Ordnungssysteme bekommen, die ebenfalls in der Verfassung verankert, d. h. „institutionell" gesichert werden müssen.

1. Februar 1958 Konrad Hugin

Forderungen an unser Bildungssystem

(Gedanken zu dem gleichnamigen Aufsatz von Hellmut Becker in „Merkur" Heft 10 1957)

Seit es eine soziale Frage gibt, lag ihr Schwerpunkt im kulturellen Bereich, im Geistesleben. War dieser Sachverhalt einem Jahrhundert materialistischer Vorstellungsart, die das Wirkliche auf das physische und wirtschaftliche Gebiet beschränkte, auch verborgen, so beginnt es heute bezüglich dieser Einsicht merklich zu tagen. Die Bedeutung des Geisteslebens, besonders in Gestalt seiner Hauptdomäne, des Erziehungs- und Bildungswesens, wird mehr und mehr erkannt. Nicht zuletzt durch die in vielen westlichen Ländern schon seit 1936 andauernde Konjunkturkontinuität in der Wirtschaft, tritt heute die Rückständigkeit der kulturellen Institutionen, besonders aber des Schul- und Hochschulwesens, nur allzu drastisch in Erscheinung und wird den wacheren Zeitgenossen bewußt.

Besondere Verdienste für die Verbreitung von Einsicht auf diesem Gebiet erwirbt sich der Präsident des deutschen Volkshochschulverbandes und Justitiar der freien Schulen, Rechtsanwalt Hellmut Becker, durch seine seit Jahren in der Monatsschrift „Merkur" (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart) regelmäßig erscheinenden schulpolitischen Aufsätze, die jeweils auch in „Fragen der Freiheit" die gebührende Würdigung gefunden haben. Seine neueste Arbeit über diesen aktuellen Problemkreis, der diese Betrachtung gewidmet ist, darf in gewisser Hinsicht als Zusammenfassung, oder besser, als Steigerung der früheren angesehen werden.

„Die Frage der Bildung ist zum Zentralproblem der modernen Welt geworden."

Mit diesem lapidaren Satz stellt Becker die Leser mitten ins Zentrum der sozialen Problematik hinein und zieht sogleich die Konsequenz für die Praxis, wenn er dann schreibt: „... daß die Bildungsprobleme zum wichtigsten Politikum unserer Zeit geworden sind".

Der Aufsatz bietet in seiner Ausführung eine Fülle von neuen, zukunftsträchtigen Einzelaspekten und hoffnungsvollen humanitären Ideen, wobei sich der Verfasser bewußt ist, daß bei deren Realisierung zweifellos mit „erheblichen traditionalistischen Widerständen" zu rechnen sein wird.

Hellmut Becker fundiert seine Forderungen durch Untersuchungen über die soziologischen Gesetze und leitet sie aus deren gegenwärtiger Entwicklungsphase ab.

Aus der Fülle der neuen Aspekte sei hier eine Auswahl geboten:

„Die von der Industrie bestimmte moderne Gesellschaft erfordert eine höhere Bildung von jedermann und eine wesentlich höhere Zahl qualifizierter Gebildeter als bisher. Von der Lösung dieser Frage sind alle wirtschaftlichen und politischen Fragen abhängig geworden."

„Zwar beginnen die demokratischen Verfassungen des 19. Jahrhunderts schon früh mit der Forderung nach gleichem Recht auf Bildung, aber die gleiche Bildungschance für alle, nicht nur als Ideologie, sondern als tatsächliche und ökonomische Wirklichkeit, ist auch in unserer Zeit noch nicht verwirklicht. Sie hat eine neue Kraft durch den Gedanken erhalten, daß man sich den Verzicht auf Begabungen in der geistigen Welt auch politisch nicht mehr leisten kann ... Ein politisches System, das etwa die Absicht hätte, aus ständischen Gründen nur wenigen eine gehobene Bildung zuteil werden zu lassen, wäre in der modernen Welt nicht mehr möglich."

„Damit sind unsere überkommenen Bildungseinrichtungen einem Massenansturm ausgesetzt, dem sie nicht gewachsen sind. Der Versuch, sich diesem Massenansturm zu entziehen, hat zur Entwicklung aller möglichen Formen geführt, die nun wiederum dem Bildungsgesetz fremd sind, nach dem höhere Schule und Universität angetreten waren. Schelsky hat mit Recht formuliert, daß die Schule ‚die Rolle einer bürokratischen Zuteilungsapparatur von Lebenschancen' übernommen hat, daß sie ‚eine Art Zuteilungsamt in der Sozialchancenzwangswirtschaft' geworden ist."

„Aber wir wissen, daß diese Dinge zwar auch ein Finanzproblem sind, daß aber die Verdoppelung oder Vervierfachung von Einrichtungen nicht genügt, wenn statt weniger, viele gebildet werden sollen."

Es folgen dann eine Reihe von Vorschlägen, die mehr oder weniger öffentlich-rechtliche Konsequenzen haben, und die deshalb nur auf dem Wege der Politik und der Gesetzgebung verwirklicht werden können:

„Die zehn Jahre dauernde Pflichtschule ist notwendig, wenn wir Menschen bilden wollen, die ihrer Zeit gerecht werden und ihr nicht zum Opfer fallen."

„Die Verzögerung der Berufswahl durch die Verlängerung der Hauptschulpflicht trägt auch dem Problem der Acceleration (Auseinanderfallen der physischen und sittlich-geistigen Reife) Rechnung."

„Die höhere Schule, wie die Hauptschule können ihre Aufgabe im Rahmen eines neuen Bildungsplanes aber nur dann richtig lösen, wenn ihnen in dieser Planung eine stärkere Freiheit und Eigenständigkeit, d. h. das zum geistigen Arbeiten notwendige Maß an Selbstverwaltung eingeräumt wird."

„Klar sein muß dabei nur, daß keine dieser Schulgruppen (altsprachliche, neusprachliche und naturwissenschaftliche Form, d. V.) spezifische Berechtigungen verleiht, denn es ist sehr fraglich, ob derjenige nicht ein besserer Naturwissenschaftler wird, der gerade nicht das naturwissenschaftliche Gymnasium besucht hat. Im täglichen Leben ist uns längst geläufig, daß es für die Bildung eines Menschen wichtiger ist, daß er etwas gelernt hat, als was er gelernt hat. Diese Vorstellung könnte sachlich auf den überkommenen Enzyklopädismus der höheren Schulen einwirken."

„Auf keinen Fall sollte die Aufnahmeprüfung (in die höhere Schule) von einem kurzen Examen abhängig gemacht werden."

„Für die verschiedenen Formen der Schule und in anderer Form später für die Hochschule scheinen mir zwei Dinge von besonderer Wichtigkeit. Erstens die Verringerung der Bedeutung der Zensur, zweitens die Veränderung der Form der Versetzung und der Examen. Examen und Zensur haben ihr Gegenbild im Berechtigungswesen unserer Zeit. Wenn man der Funktionalisierung des Berechtigungswesens entgegenwirken will, muß man mit der Zensur und den Examen anfangen."

Die Examen und Zensuren haben ja ihre geschichtlichen Wurzeln im Einweihungswesen der theokratischen und mythischen Zeit; sie sind in den letzten Jahrhunderten aber immer mehr zu Zunftmitteln ständischer Privilegien geworden, zuerst des Adels und der Geistlichkeit, dann, seit der Französischen Reolution, immer mehr des kapitalbesitzenden Bürgertums. Sie bilden derart heute das große Hemmnis der sozialen Entwicklung, gerade auch für die Wirtschaft, der dadurch die geeignet vorgebildeten Kräfte mangeln.

„80 % der Kinder, die heute in die erste Klasse der höheren Schule aufgenommen werden, verlassen diese Schule ohne

Abitur. Das bedeutet, daß sie ohne eine abgeschlossene Bildung ins Leben hinaustreten."

„Im Rahmen einer ständischen Bildung war die Zensur, d. h. der zahlenmäßige Ausdruck eines erreichten Bildungs- bzw. Ausbildungsstandes, vielleicht eine angemessene Unterscheidung; im Rahmen der Massenbildung führt sie zu einer Funktionalisierung an einer falschen Stelle. Die Entpersonalisierung durch die Zensur in Zahlen konnte einmal als der Ausdruck abstrakter Gerechtigkeit erscheinen, in der Massengesellschaft bedeutet diese Entpersonalisierung in zunehmendem Maße den Verzicht auf die Feststellung der Kriterien, nach denen wir die Menschen bewerten müssen. Die Zensur als Produkt einer arithmetischen Überlegung bedeutet für den Lehrer häufig die Flucht vor der Verantwortung. Kinder wie Eltern folgen dieser Flucht nur zu gerne, ein klassischer Vorgang der Entfremdung."

„Hermann Heimpel hat immer wieder darauf hingewiesen, wie die Hochschulen sich durch Prüfungen, Scheine, Zwischenprüfungen, Fleißprüfungen usw. bereits in ihrem eigenen Rahmen der geistigen Freiheit berauben. Das Berechtigungswesen bedeutet, daß jeder an Hand einer Ziffer oder eines Scheines glaubt ablesen zu können, wozu er berechtigt ist. Das Berechtigungswesen erweckt also im Berechtigten zugleich ein falsches Überlegenheitsgefühl und ein falsches Abhängigkeitsverhältnis."

„Wenn ... das Abitur nicht mehr eine gemeinsame Berechtigung für den mittleren Postdienst und für das Theologiestudium darstellt, dann darf auch der erfolgreiche Abschluß dieser Oberstufe nicht der einzige Zugang zur Hochschule werden. Wenn das Abitur durch ein umfassendes Gutachten ersetzt wird, das eine Gesamtbeurteilung aus der zweijährigen Oberstufe darstellt, dann soll dieses Gutachten normalerweise zur Aufnahme auf die Universität führen, weil die

Universität unmöglich umfassende Prüfungsapparate einführen kann."

„An die Stelle der Automatik tritt eine individuelle Beziehung und eine persönliche Entscheidung. Dieses Element scheint gerade zur Bewältigung der Probleme der Massenbildung von besonderer Bedeutung. Wenn die Freiheit des Geistes in der arbeitsteiligen Gesellschaft erhalten bleiben soll, dann brauchen wir eine Entfunktionalisierung unseres Bildungswesens."

„Die gewandelte Form der Beurteilung wird dem Lehrer eine erhebliche Mehrarbeit schaffen, sie wird aber auch wieder die Möglichkeit selbständiger geistiger Beurteilung geben, die er als Zensurfunktionär immer mehr verloren hat. Damit erhält der Lehrer wieder etwas von dem geistigen Rang, der ihm zusteht. Die Erweiterung des Ermessensspielraums wird seine Stellung gegenüber dem Verwaltungsgericht nicht erschweren, sondern erleichtern. Denn gerade das freie Ermessen ist gesetzlich nicht nachprüfbar."

„Auch die Hochschule unterliegt heute dem Druck der großen Zahl ... Wie bei der höheren Schule verbindet sich die verstärkte Nachfrage der modernen Gesellschaft nach Hochschulabsolventen aller Berufsgattungen mit dem verstärkten Andrang ... Aber die Institution hat ihre Gestalt nicht gewandelt, sie hat nicht einmal die Zahl der Ausbildenden in entsprechendem Verhältnis vermehren können. Die Vorstellung, durch einen Numerus clausus die Zahl der Studenten zurückzudrängen, hat sich als ebenso verfehlt erwiesen wie die Vorstellung, durch die Aufnahmeprüfung der Zehnjährigen die Zahl der höheren Schüler auf ihre alte Höhe zurückzuführen."

„Die größte Schwierigkeit wird jetzt und später in den Kriterien zur Feststellung der Reife liegen ... Die Hoch-

schulreife eines Menschen mit Lebenserfahrung und eigenem geistigen Schicksal muß mit anderen Methoden festgestellt werden als die Reife eines jungen Menschen beim Schulabschluß."

Der Grad der Reife der nach Bildung strebenden Menschen, ob jünger oder älter, kann jeweils erst am Ende eines Studienabschnittes festgestellt werden; zur Aufnahme in ein Bildungsinstitut sollte dagegen der Nachweis genügen, daß er die Studiengelder zu zahlen in der Lage ist.

Neben dem Beharrungsvermögen der das Bildungswesen verwaltenden Behörden, steht seiner Gesundung ein weiteres Hemmnis im Wege:

Infolge der heutigen Ausgaben- und Steuerpolitik des Staates fehlen die finanziellen Mittel zur Durchführung der notwendigen Befreiungsmaßnahmen:

„Unsere staatliche Ausgabenwirtschaft hat den Rang der bildungspolitischen Fragen noch nicht begriffen."

„Der Grundsatz der gleichen Bildungschance muß wirtschaftlich gesichert werden, so wie er rechtlich bereits garantiert ist."

„Es wird die Zeit kommen, in der wir für unsere Bildung mehr Geld ausgeben müssen als für Renten oder Rüstung."

Hier liegt der Hase im Pfeffer! — Es ist nicht möglich, einen Gliedbereich des sozialen Organismus zu heilen und die anderen im argen liegen zu lassen. Es müssen viele staatlichen Ausgaben: Subventionen, Renten, übersteigerte Personalausgaben u. dgl. (die vielfach durch nichts als durch Wahltaktik bedingt sind) vermieden werden, damit die für das Bildungswesen notwendigen Teile des Sozialprodukts erübrigt werden können. (Siehe hierzu auch „Fragen der Freiheit", Heft 1.)

Neben den zitierten Vorschlägen und Forderungen Hellmut Beckers zur Gesundung des Bildungswesens, die, weil das

öffentliche Recht berührend, nur auf politischem Wege durchgesetzt werden können, enthält sein Aufsatz noch eine große Zahl von Anregungen, die in einem befreiten, nicht mehr monopolistischen Erziehungswesen sich auf dem Wege des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Bildungsinstituten verwirklichen werden. Eine Reihe dieser begrüßenswerten Vorschläge, Ideen und auch Kritiken soll hier ohne Kommentar noch folgen:

„Heute wird vom Arbeiter bis zum Physiker die Anpassungsfähigkeit an neue Situationen als vordringliche Eigenschaft verlangt. Daher kommt es darauf an, in den Menschen Eigenschaften zu wecken, mit denen sie den sich ständig wandelnden Voraussetzungen der modernen Arbeitswelt gerecht werden. Daß selbst in der Geisteswissenschaft nach der Epoche der Spezialisierung eine spezifische Form der Mobilität notwendig ist, wird deutlich, wenn man sich klarmacht, daß die Fähigkeit, sich auch über Forschungsergebnisse ganz anderer Fachgebiete orientieren zu können, das Wissen von den anderen Disziplinen heute zu den Voraussetzungen geisteswissenschaftlichen Arbeitens gehört ... Mobilität bedeutet daher nicht Anpassungsfähigkeit, sondern die Fähigkeit, selbständig die verschiedenartigsten Probleme und Berufssituationen zu bewältigen."

„Der Techniker, der immer wieder dieselben Vorgänge in einer automatisierten Fabrik abrollen sieht, soll das Nichtfunktionieren eines Details nach vierzehn Tagen möglichst im ersten Moment bemerken. Dabei wird deutlich, daß Zuverlässigkeit ebensosehr wie eine menschliche, auch eine geistige Eigenschaft ist, die auch eine bestimmte rationale Durchdringung der beobachteten Vorgänge erfordert."

„Von der Volksschule über die Berufsbildung, die wissenschaftliche Forschung bis zur Erwachsenenbildung soll die Begegnung des Menschen mit der Sache sich in einer Form

vollziehen, die nicht nur seine Kenntnisse und seine Fähigkeiten stärkt, sondern gerade auch seinen Charakter entwickelt.

Weltverständnis ist notwendig, weil die Verflechtung aller Vorgänge der Welt nicht mehr aus dem überschaubaren Daseinsbereich, sondern nur aus dem Bereich der Dinge, die man nicht sieht und ohne Bildung nicht kennt, zu begreifen ist."

„Am Handwerk sollen im Menschen die Grundeigenschaften geschult werden — ich denke z. B. an Tischlerei —, die in ihm im Umgang mit komplizierten Maschinen nicht mehr erweckt werden. Die gesteigerten geistigen Anforderungen an den modernen Menschen müssen durch eine Belebung seiner Tätigkeit mit der Hand ausgeglichen werden, auch im Interesse seiner charakterlichen Entfaltung."

„Die Didaktik der höheren Schule, wie sie bisher üblich ist, reicht für ihre neue Aufgabe nicht aus."

„Die Arbeitsformen der Hochschulen von heute eignen sich nicht dazu, die Anfänge wissenschaftlichen Arbeitens zu erlernen. Der Absolvent der höheren Schule soll auf die Hochschule nicht eine Fülle einzelner Vorkenntnisse, wohl aber die Grundlagen selbständigen wissenschaftlichen Arbeitens mitbringen."

„Die Ersetzung der Zensur oder zumindest die Erweiterung durch das Gutachten, ... scheint mir geeignet, die Schule von der Verschulung, d. h. vom ständigen Prüfen und Bescheinigen, zu entlasten. Das ist deswegen so nötig, weil wir vor der schwierigen Frage stehen, wie wir in einer Zeit, die Bildung der vielen von uns fordert, das Element der Freiheit des Geistes bewahren."

„Diese Examina können nicht etwa abgeschafft werden, aber sie müssen andere Formen erhalten, und diese Änderung ihrer Form wird zugleich auf unseren Bildungsgang einen heilsamen Einfluß ausüben."

„Entsprechende Gutachten müssen auch am Abschluß andersartiger Bildungsentwicklungen möglich werden.

Viele Begabungen entfalten sich gerade in Deutschland erst spät in der Berührung mit dem Fachgebiet der eigenen Wahl. Die früh erkennbaren Begabungen sind nicht immer die stärksten. Es scheint mir weniger auf die Eröffnung eines zweiten Bildungswegs als auf die Schaffung vielfältiger Möglichkeiten des Zugangs zur Hochschule anzukommen. Beim zweiten Bildungsweg gibt sowohl das Wort „zweiter" als auch das Wort „Weg" zu Bedenken Anlaß. Denn die verschiedenen Zugänge zur Hochschule sollten untereinander keine Rangstufen darstellen. Außerdem dürfte in der künftigen Gesellschaft auch bei 30- oder 40-jährigen noch das Bedürfnis zum Hochschulstudium entstehen, die dann zwar keinen geschlossenen Bildungsweg, wohl aber Reife und Bildung aufzuweisen hätten. In den USA können wir diese Entwicklung schon heute beobachten."

„Der umfassende Aufbau des Berufs- und Fachschulwesens, auch unter dem Aspekt weiterer Zugänge zur Hochschulreife, ist vordringlich, wenn wir das Versickern von Begabungen im breiten Raum der mittleren Bildung verhindern wollen. Der Aufbau des Berufs- und Fachschulwesens in Deutschland, gleichzeitig seine Ausgestaltung über das rein Fachliche hinaus, ist eine unserer dringendsten Sorgen."

„Es kommt aber darauf an, nicht erst in zehn Jahren, sondern schon jetzt allen hinreichend Begabten den Zugang zur Hochschule zu eröffnen."

„Die Prüfer müssen daher über ein sehr viel höheres Maß an Bildung und Beweglichkeit als in der bisherigen Reifeprüfung verfügen."

„Auch von innen her ist die Universität bedroht. Zeitenweise konnte man glauben, daß der im humanistischen Sinn all-

gemein gebildete Mensch durch einen wissenschaftlichen Spezialisten abgelöst werde, der sich mit anderen Spezialisten nicht mehr verständigen kann. Die universitas litterarum schien zur Fiktion zu werden ... Die Freiheit des Studenten schien ihren Sinn zu verlieren an einer Universität, an der er sich nicht mehr zurechtfand.

Viele dieser Fragen sind weiterhin offen, aber wir wissen, daß die spezialisierte Bildung ein anderes Gesicht zu bekommen beginnt, weil jeder Spezialist immer mehr darauf angewiesen ist, mit anderen Spezialisten zu sprechen. Nachdem die Entwicklung der Elektronengehirne dazu geführt hat, daß auch das sehr qualifizierte Funktionale technisch herstellbar ist und sicherer funktioniert, als beim Menschen, sind das Individuelle des Menschen und sein Allgemeinverständnis wieder wichtiger geworden."

„Aber auch soweit die Universitäten der Berufsausbildung dienen, sollen sie die Bildungstradition, aus der sie erwachsen sind, nicht vergessen. Wenn sie einen Beruf lehren, sei es der des Lehrers, des Arztes, des Juristen, des Architekten oder des Ingenieurs, sollen sie keinen Mann heranbilden, der eine bestimmte Funktion erfüllt, sondern sie sollen einen Menschen bilden, der eine Methode erlernt hat, die ihm eine denkbar große Vielfältigkeit der Anwendung ermöglicht. Die Unmittelbarkeit zur Sache, die den modernen Menschen auszeichnet, darf nicht dazu führen, daß der Student einer Sache verfällt, ihm soll vielmehr eine Methode zur Bewältigung möglichst vieler Sachen an die Hand gegeben werden. Das liegt unmittelbar in der Tradition der deutschen Universität."

Zusammenfassend schreibt Hellmut Becker unter anderem, und ich stimme ihm hier in besonderem Maße zu:

„Die hier skizzierten Vorschläge zur Anpassung unserer Bildungseinrichtungen an die Aufgaben unserer Zeit stellen

keine Utopie dar, sondern sie müssen in den nächsten Jahren vollzogen werden, wenn wir nicht menschlich und sachlich an den Stellen versagen wollen, auf die es vor allem ankommt. Wir müssen uns zu einem Plan zusammenfinden, über dessen Einzelheiten ein fortlaufendes Gespräch notwendig ist; von der Konzeption dieses Planes wird gleichzeitig eine werbende Kraft ausgehen. Die vielen einzelnen Probleme unseres Bildungswesens müssen zusammen gesehen werden, wenn sie richtig gelöst werden sollen. Bildung als das wichtigste Politikum muß das Zentralthema jedweder Publizität ... werden."

„Unsere Bildung war eine ständische und eine nationale Bildung, unsere künftige Bildung wird eine allgemeine, sowohl im Sinne der gleichen Bildungschance der Menschen eines Volkes, als auch auf lange Sicht im Sinne der gleichen Bildungschance aller Völker sein."

„Ich trete für die Vielfalt der Schulen, die Vielfalt der Übergänge zwischen den Schulen und die Vielfalt der Zugänge zu den Hochschulen ein, weil die freie Welt die Möglichkeit der eigenwüchsigen Entwicklung auch dann in Rechnung stellen sollte, wenn sie scheinbar vorübergehend schnellere bildungspolitische Erfolge auf ordnende Weise erreichen könnte."

„Die Anpassung an die gesellschaftliche Situation muß sich in Formen vollziehen, die die geistige Freiheit des Einzelnen zu einer aktiven Kraft für das Ganze werden lassen."

Februar 1958 Diether Vogel

An die sich verantwortlich Fühlenden

Der „kalte Krieg" zwischen Ost und West tobt gegenwärtig vorwiegend auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung und der technischen Perfektion der Zerstörungsmittel. Damit wächst die Gefahr der Vernichtung der Menschheit und der Erde als ihrer Heimstätte täglich und stündlich. Diese Entwicklung ist schlechterdings nicht abzustoppen, geschweige denn rückgängig zu machen. Soll der Gefahr begegnet werden, müssen andere Wege als die herkömmlichen politischen eingeschlagen werden.

Welches sind solche Wege?

Zweifellos ist die wichtigste Etappe, die erreicht werden muß, die Entschärfung des Zündstoffes, der die in Ost und West angesammelten Zerstörungsmittel zur Explosion zu bringen droht. Dieser Zündstoff besteht aber aus den ungelösten Problemen des immer wieder inflationistisch oder deflationistisch aus dem Gleichgewicht geratenden Wirtschaftslebens —,

des fast hoffnungslos hinter der technischen Entwicklung zurückgebliebenen, weil staatlich „bewirtschafteten", verwalteten Erziehungswesens als Hauptrepräsentanten des Geisteslebens und

des über seine ihm wesensgemäßen Grenzen weit hinausgreifenden demokratischen Staates, der als „totale" Demokratie den Großteil der Schäden in Wirtschaft und Geistesleben erst verursacht, die in ihrer Gesamtheit das ausmachen, was summarisch soziale Frage genannt wird.

Die diametral entgegengesetzten Vorstellungen über die Lösung dieser sozialen Frage — ob freiheitlich-individualistisch

oder empfindungs-seelenhaft-kollektivistisch — liegen, neben dem neu heraufkommenden geschichtsbiologischen Gegensatz zwischen dem gegenwärtigen Hegemonievolk der Germanen und den jungen Slaven und dem unter der Führung der alten mongolischen Rasse antretenden Antikolonialismus, dem Ost-West-Gegensatz zugrunde.

Der weltweite außenpolitische Ost-West-Konflikt ist also im ganzen gesehen die Projektion der nichtgelösten sozialen Frage, der innenpolitischen Dyskrasie in Kultur, Staat und Wirtschaft und der ins Unerträgliche angewachsenen Disproportion zwischen diesen sozialen System-Bereichen untereinander.

Der „kalte Krieg" zwischen Ost und West, der jeden Augenblick zu dem den Fortbestand der Menschheit in Frage stellenden „heißen Krieg" auszuarten droht, kann deshalb nur beendigt werden durch Beseitigung oder wenigstens Verminderung des innenpolitischen Konfliktstoffes in Gestalt der „sozialen Frage".

Es wird niemand ernstlich bestreiten wollen, daß angesichts des in Gang befindlichen ost-westlichen Wettlaufs in der technischen Perfektion die Bedrohung ins Riesenhafte wächst. Für die um die lösenden Ideen Wissenden ist es zweifellos an der Zeit, tätig zu werden, wollen sie sich nicht durch weiteres Verharren in der Passivität der schwersten Unterlassungssünde schuldig machen. Sie sollten nunmehr aus ihrer splendit isolation heraustreten und ihre Ablehnung der Politik aufgeben. Zugegeben: „Politisch Lied ein garstig Lied"; aber die Politik von heute ist die Geschichte von morgen und es gibt schlechterdings keine Möglichkeit, neue Impulse in den Strom der Geschichte einmünden zu lassen, als auf dem Weg der Politik.

Daß der demokratische Einheitsstaat mit seinen Mehrheitsentscheidungen der Interessen-Politik Tür und Tor öffnet und den Verfechtern des Gesamtinteresses, die aus „objektivem Gemeinsinn" zu urteilen verstehen, keine, aber auch gar keine Chancen bietet — weil sie immer in der verschwindenden Minorität auftreten — wird in dieser Schriftenreihe immer wieder vertreten und kann hier nur angedeutet werden.

Aber die Verfassungen der demokratischen Staaten sind meist besser als diese Staaten selbst oder vielmehr als ihre Verwaltungsbürokratien, die sich um die verfassungsmäßig garantierten Freiheitsrechte der Bürger wenig kümmern, solange die Bürger selbst sie nicht oder nur teilweise beanspruchen. So hält ein namhafter Staatsrechtler der Bundesrepublik eine Verfassungsklage auf Gewährung der vollen Lehr- und Lernfreiheit für nicht aussichtslos.

Hier bieten die demokratischen Staaten auch den wissenden Minderheiten noch unausgenutzte Möglichkeiten, wenn sie sich geeignete Instrumente für ihr Wirken — Aktionsgemeinschaften für ganz bestimmte Aufgaben — schaffen, etwa die hier angestrebte **Aktionsgemeinschaft für die Freiheit des Bildungswesens.**

Der nächste Schritt in dieser Richtung ist die Sammlung der Persönlichkeiten, die von der Notwendigkeit dieser politischen Tätigkeit überzeugt sind und die mitwirken wollen an der Erfüllung dieser nicht mehr länger aufschiebbaren Verpflichtung.

Dem Suchen nach solchen Persönlichkeiten will die von Dr. Lothar Vogel herausgegebene Schriftenreihe „Fragen der Freiheit" (zu beziehen durch H. Klingert, Bad Kreuznach, Mannheimer Str. 60) dienen, zugleich als Aufruf an alle, die mitwirken wollen bei den Bemühungen um die Erhaltung der freiheitlich geordneten Menschheit in der Welt.

5. Februar 1958 Redaktionsgemeinschaft der Fragen der Freiheit

Bücher und Zeitschriften aus dem geistigen Umkreis der „Fragen der Freiheit"

Zu beziehen durch: H. Klingert, Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60, Postscheck: Ludwigshafen/Rhein 530 73

Eduard Burri, Fritz Schwarz:	**„Der Zins"**	1,25 DM
Franz Böhm MdB und andere:	**„Der mittelständische Unternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft"**	6,80 DM
Allan K. Deeds:	**„Krisenfreie Wirtschaft"**, eine volkswirtschaftliche Fibel	ca. 5,— DM
Walter Eucken:	**„Wettbewerb, Monopol und Unternehmer"**	1,80 DM
	„Grundsätze der Wirtschaftspolitik"	24,— DM
Wolfgang Frickhöfer:	**„Wirtschaftspolitische Zwischenbilanz im Wahljahr"**	1,80 DM
Jean Gebser u. andere:	**„Die Welt in neuer Sicht"**	8,40 DM
	„Abendländische Wandlung"	1,90 DM
John Maynard Keynes:	**„Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes"**	24,— DM
Johann Lang u. andere:	**„Wir fordern die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft"**	6,80 DM
	„Wir fordern eine zielklare Wirtschafts- und Sozialpolitik"	6,80 DM
Otto Lautenbach, Ernst Winkler, Werner Schmid, Hans Ilau, Johann Lang:	**„Entscheidung für die Freiheit"**	6,— DM
Winfried Martini:	**„Das Ende aller Sicherheit"**	12,80 DM
Heinrich Niehaus und andere:	**„Agrarpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft"**	6,80 DM
Wilhelm Röpke u. andere:	**„Hat der Westen eine Idee"**	8,70 DM
Alexander Rüstow und andere:	**„Das Problem der Rentenreform"**	8,70 DM
	„Welche Wirtschaftspolitik kann das Vertrauen des Wählers rechtfertigen?"	8,70 DM
	„Hilfe zur Selbsthilfe für die Landwirtschaft"	8,70 DM

Friedrich Salzmann, Otto Lautenbach, Werner Schmid, Fritz Schwarz, Diether Vogel, Heinz-Hartmut Vogel, Lothar Vogel, Ernst Winkler:	**„Beiträge zur Situation der menschlichen Gesellschaft"**, 171 S.	11,30 DM
Friedrich Salzmann:	**„Jenseits der Interessenpolitik"**, 204 S.	10,50 DM
	„Bürger für die Gesetze", Darstellung des erziehenden Staates, 290 S.,	13,— DM
	„Müssen die Preise weiter steigen?"	—,80 DM
	„Sozialismus der Zukunft"	1,80 DM
	„Das kommunistische Weltbild und die Verantwortung des freien Menschen"	1,20 DM
Werner Schmid:	**„Das Programm der Freiheit in Kultur, Staat und Wirtschaft"**, z. Zt. vergriffen. Neudr. in Vorbereitg.	
	„Der Schweizerboden dem Schweizervolk", 36 S.	1,80 DM
	„Die Geschichte des Schweizer Franken"	4,70 DM
	„Schweizerische Außenpolitik gestern, heute und morgen"	8,90 DM
	„Ernst Abbe"	1,— DM
Rudolf Steiner:	**„Grundlinien einer Erkenntnistheorie der Goetheschen Weltanschauung mit besonderer Rücksicht auf Schiller"**	4,80 DM
	„Wahrheit und Wissenschaft", Vorspiel einer Philosophie der Freiheit	3,20 DM
	„Die Philosophie der Freiheit", Grundzüge einer modernen Weltanschauung	12,— DM
	„Praktische Ausbildung des Denkens"	—,70 DM
	„Geisteswissenschaft und soziale Frage"	3,— DM
	„In Ausführung der Dreigliederung des sozialen Organismus", vergriffen.	
	„Drei Vorträge über Volkspädagogik"	2,10 DM
	„Westliche und östliche Weltgegensätzlichkeit"	9,— DM
	„Goethes Weltanschauung"	5,30 DM
	„Goethes Geistesart"	7,70 DM

Rudolf Steiner:	**„Die Erziehung des Kindes"**	—,80 DM
	„Einleitung zu Goethes naturwissenschaftlichen Schriften"	6,20 DM
	„Die Rätsel der Philosophie", in ihrer Geschichte als Umriß dargestellt	28,— DM
	„Friedrich Nietzsche, ein Kämpfer gegen seine Zeit"	8,30 DM
Max Stirner:	**„Das unwahre Prinzip in unserer Erziehung"**, neu herausgegeben von Dr. Lothar Vogel	1,50 DM
Otto Valentin:	**„Überwindung des Totalitarismus"**	15,— DM
Hellmut Vermehren:	**„Die zwölfklassige Einheitsschule"** z. Zt vergriffen	
Diether Vogel:	**„Freiheitl. Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft", 1951**, z. Zt. vergriffen, Neuausgabe i. Vorb.	
Karl Walker:	**„Die Überwindung des Kapitalismus"**	2,— DM
	„Das Buchgeld"	2,50 DM
	„Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes"	2,— DM
Ernst Winkler, Alexander Rüstow, Werner Schmid, Otto Lautenbach:	**„Magna Charta der Sozialen Marktwirtschaft"**	4,80 DM
Ernst Winkler:	**„Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung"**	19,20 DM
Zeitschriften:	**„Fragen der Freiheit"** eine Schriftenreihe, Einzelheft	1,50 DM
	„Die Menschenschule", Einzelheft	1,45 DM
	„Erziehungskunst", Einzelheft	1,20 DM
	„evolution", Monatsschrift für Kultur, Wirtschaft, Politik, Einzelheft	1,60 DM
	„Telos", Blätter für Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft, Einzelheft	1,20 DM

Privater Manuskriptdruck, herausgegeben von Dr. Lothar Vogel, Wuppertal-Barmen, Bergfrieden 18. — Bezug durch H. Klingert, Bad-Kreuznach, Mannheimer Str. 60. — Postscheck: Ludwigshafen/Rh. Nr. 53073. — Druckkostenbeitrag 1,50 DM.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Druck: Voerckel & Co., Wuppertal.